

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringselgeld monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.00. Erhalten tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, D. Tel. 2405. Sprachstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis frühestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 42.

Dresden, Freitag den 21. Februar 1913.

24. Jahrg.

Der Rat zu Dresden verweigerte der Arbeiterschaft Dresden den Ausstellungspalast zur Abhaltung der Reichstagswahl.

Bei den Kaufmannsgerichtswahlen in Frankfurt a. M. erlitten die Sozialisten eine schwere Schlappe.

Der deutsche Handelskongress fordert besseren Arbeitsschutz.

Ein Landungsversuch Oberhalb Wals bei Galtwitz ist abgeblieben.

In Tokio sind 4000 Häuser niedergebrannt. 12 000 Menschen sind obdachlos.

Die Auflösungsgerichte.

Eigentlich sind die Auflösungsgerichte nicht zur Ruhe gekommen, so lange der gegenwärtige Reichstag besteht. Was nach der Wahl am 12. Januar 1913 blieb es, mit diesem Reichstag, der 110 Sozialdemokraten aufweist, werde es nicht lange dauern. Aber am Schluß seiner ersten Arbeitsperiode im Mai vorigen Jahres erteilte der Reichstag dieser Partei eine Resolution, die die Auflösung des Reichstages im Falle der Wahl einer sozialdemokratischen Mehrheit im Reichstag forderte. Diese Resolution ist die Grundlage der Auflösungsgerichte, die jetzt in der Reichstagskommission verhandelt werden. Die Auflösung des Reichstages ist eine sehr wichtige Angelegenheit, die die Zukunft des Reiches betrifft. Die Sozialdemokraten sind für die Auflösung des Reichstages, die die Freiheit des Reiches bedeutet. Die Liberalen sind gegen die Auflösung des Reichstages, die die Freiheit des Reiches bedeutet. Die Sozialdemokraten sind für die Auflösung des Reichstages, die die Freiheit des Reiches bedeutet. Die Liberalen sind gegen die Auflösung des Reichstages, die die Freiheit des Reiches bedeutet.

Wir haben wiederholt und erst in der letzten Wochenschrift über die Auflösungsgerichte in Beziehung auf die hiesige Schlichtung der Reichstagskommission berichtet. Wir haben ebenso im ersten Teil dieses Reichstages den erbitterten Streit der Sozialdemokraten und Reichstagsparteien beobachtet, die sich im Reichstag zu einer sehr heftigen Debatte verurteilten. Wir haben jüngst erlebt, wie sich dieser parlamentarische Streit im Reichstagsratte auf die Reichstagskommission übertrug. Die Sozialdemokraten sind für die Auflösung des Reichstages, die die Freiheit des Reiches bedeutet. Die Liberalen sind gegen die Auflösung des Reichstages, die die Freiheit des Reiches bedeutet.

Der Reichstag hat in seinem Artikel über die Auflösungsgerichte die Möglichkeit, die die Wahrscheinlichkeit einer Reichstagsauflösung aus Anlaß der kommenden Reichstagswahl noch schärfer zum Ausdruck gebracht. Er sagte: „Konfliktlose Wahl im Reichstag, die kommende Reichstagsauflösung wird ihre Schattenseiten immer sichtbar voran.“ Die Reichstagskommission in ihrer Ausgabe vom Donnerstagabend stimmt dieser Auffassung einmütig zu. „In der Tat“, sagt das liberale Blatt, „rechnet man in parlamentarischen Kreisen vielfach mit der Möglichkeit einer baldigen Auflösung.“ Das liberale Blatt fügt allerdings hinzu: „Doch weiß man nicht, bei welchem Anlaß sie eintreten soll.“ Der Reichstagsratte, so wird weiter dargelegt, sei mit allen Parteien unzufrieden. Das Zentrum würde aber kaum wagen, die Auflösungsfrage zu berühren. Aber bei der Debatte über die Auflösungsgerichte wird die Auflösung des Reichstages in der Reichstagskommission diskutiert. Die Sozialdemokraten sind für die Auflösung des Reichstages, die die Freiheit des Reiches bedeutet. Die Liberalen sind gegen die Auflösung des Reichstages, die die Freiheit des Reiches bedeutet.

Wenn die Reichstagskommission weiter geht, dann können wir die nächsten Wochen und Monate noch Erbauendes erleben. Da scheint mir vor allem die Frage der Reichstagsauflösung zu stehen, das jeder Tag zu neuen Kombinationen und sogar Gegenüberstellungen führt, das aber für den Reichstagsratte und noch mehr für die große Masse des deutschen Volkes recht unangenehm sein dürfte und jedenfalls keinen politischen Wert hat.

Will man die Auflösungsgerichte auf ihren wirklichen Wert zurückführen, so sind zwei Momente zu beachten, die die gegenwärtige politische Situation bestimmen und veranschaulichen. Einmal bedeutet der gegenwärtige Reichstag, wie wir seit Beginn seines Bestehens betont haben, etwas Unvollständiges, etwas, was nur als eine Uebergangsgebilde gelten kann. Es ist ein Reichstag nicht nur von sehr ungleicher, sondern auch von fast bei jeder Frage wechselnden Mehrheitsverhältnissen. Bald bilden Konservative, Zentrum und Nationaldemokraten eine Mehrheit, wie in den Fragen der Reichstagskommission, bald bilden Liberale und Zentrum mit Sozialdemokraten eine Mehrheit, wie bei dem konservativen Vorschlag gegen das Koalitionsverbot. Aber auch Liberale und Sozialdemokraten, desgleichen Zentrum und Sozialdemokraten sind sich von Fall zu Fall zur Wehrtheilung zusammen. Alles wechselt unheimlich rasch. Aber bei all diesem Wechsel ist eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Blau unmöglich, so daß aus aller Unsicherheit und Verwirrung dieses parlamentarischen Wahes schließlich immer wieder das großherzogliche Gesicht der Sozialdemokraten und Blau hervorsteht. Und bei der Wahl, die die Reichstagskommission von Preußen aus über und insbesondere am Königlich-kaiserlichen Hofe besteht,

ist aus diesen Verhältnissen heraus eine Konfliktmöglichkeit stets gegeben. Es gibt konservative Köpfe, die unablässig beim Kaiser rufen, daß es doch mit diesen 110 Sozialdemokraten keinesfalls auf die Dauer gehen könne. Es gibt ebenso konservative Köpfe, die sich zum Sprachrohr jener ehrgeizigen Kardorfer und Seblige machen, die aber Weismann's Leiche hinweg einem „starken Reichstangler“ den Weg zu bahnen bemüht sind.

Inmitten dieser unsicheren, von Intrigenpunkt gekennzeichneten Situation soll nun die Frage der gewaltigen Militärvormehrungen und der ebenso gewaltigen Kostenbedeutung zur Erledigung gebracht werden! Da ist für alle möglichen Vermutungen und Gerüchte reichlich Raum gegeben. Da ist die Frage, ob das Zentrum, ähnlich wie es schon in der Reichstagskommission begonnen hat, bei der Militärvorlage die Regierung durch allerlei Abstriche ärgern und so eine Auflösung provozieren will. Das ist möglich, aber, wie uns dünkt, nicht wahrscheinlich. Im Dezember 1906 hat das Zentrum die Auflösung des Reichstages wegen des Abstriches einiger Kolonialmilitionen nicht gewollt und nicht erwartet, es wurde damals durch Willow überempfindlich. Jetzt wagt es noch weniger eine Auflösung wegen einer Militärvorlage insulda herbeizuführen. Das Zentrum hat seine Gelder und Ehre und Reffen als Offiziere zahlreich in der Armee und es wird sich gar nicht leicht dem Ruf ausziehen, nicht „national“ zu sein. Ferner müßte eine Wahl wegen der Militärvorlage die Anarchie der deutschen Parteizustände aufs äußerste steigern, indem das Zentrum gegen die Militärvorlage stehen würde, während die Konservativen als die eifrigsten Befürworter der Vorlage als die Feinde ihrer Freunde erdienen. Noch viel ungewisser würde sich die Situation für die liberalen Parteien, besonders für die fortschrittliche Volkspartei, gestalten, die, wenn sie nach dem Faltler des Willow-Waade mit den Sozialdemokraten gegen die Sozialdemokratie auch bei Stichwahlen gehen, die schwarzblaue Mehrheit wieder herbeizuführen würden, deren glückliche Wehrtheilung durch die Januarwahl von 1912 sie doch trotz befristet haben. Die Lust, bei der Militärvorlage einen Konflikt künstlich herbeizuführen und eine milde Tag gegen die Sozialdemokratie zu machen, ist zweifellos vorhanden. Eine ganz andere Frage ist es, ob die Konfliktbegierigen die Möglichkeit und die Kraft besitzen, ihre Pläne durchzuführen.

Das wichtigste Moment in den reaktionären Treiben ist die Reichstagsfrage. Das ist die Haupt- und Kernfrage der ganzen jetzigen Situation, wie sie es schon im Jahre 1900 gewesen ist. Das ist der Schlüssel aller konservativen und radikalen Konflikte: wie können wir uns abermals um die Reichstagsfrage auf den Reichstag herumdrücken? Diese Frage befaßt die Reichstagskommission noch weit über das noch vor kurzer Zeit angenommene Wahlschisma erfordern werden. Der Kaiser und der Reichstangler haben in ihren letzten Ansprachen von der Opferwilligkeit gesprochen, die „das deutsche Volk“ dem Kaiser in großem Umfang leistungsfähig solle. Ingleich aber hat Herr Glard v. Didenburg auf der Tagung des Bundes der Landwirte seine Parole wiederholt: der Reichstag darf über das Fortemomme der Reichstagsfrage nicht verfügen haben! Nun ist die entscheidende Frage: welche Steuerreform wird die Regierung bringen? Wird der Reichstangler Steuern ausfindig machen und im Bundesrat zur Annahme bringen, die unter dem Namen von Reichstagsratte gehen und die den Konservativen und dem Zentrum wiederum nicht wehe tun? Oder wird er die ganze Last der Reichstagsratte heraufschulden wollen, indem er die Reichstagsratte in Reichstagsratte bringt, beziehungsweise, wenn sie ihm von einer Mehrheit aus Liberalen und Sozialdemokraten vorgebracht wird, diese Steuer annimmt? Für die Lösung dieser Frage liegt das entscheidende Wort bei den Liberalen, die vor die Wahl gestellt sein werden, ob sie sich mit Zentrum und Konservativen zusammenschließen lassen für die Bewilligung von Reichstagsratte oder ob sie ihrem Programm der letzten Jahre, einen „gerechten Ausgleich“ in der Reichstagsratte zu erstreben, einigermaßen getreu bleiben wollen. So ist auch hier noch alles im Ungewissen. Aber ausgeschlossen ist, daß irgend jemand in der Regierung oder in den bürgerlichen Parteien eine Reichstagsauflösung erstrebt, bei der die Reichstagsratte das Lösungswort bilden würde.

Alle die konfliktbegierigen Leute, die Intriganten und höflichen Ohrenbläser, die beschwornen preussischen Draufgänger und die radikalen Schleicher, sie werden sich sehr in acht nehmen müssen, daß sie nicht einen schweren Stein in die Grube tun, die sie so gern der Sozialdemokratie graben möchten!

Die Sozialdemokratie kann sie reichlich schmerzenden Auflösungsgerichte gewiß nicht unbeachtet lassen. Wir verlangen sie, wir zeigen dem werktätigen Volk im Lande, wie es in den politischen Reffen draut und glück. Aber wir lassen uns nicht durch jeden Tag neu aufkommende Gerüchtemodern beirren, wir gehen fest und gelassen unsere Bahn. Unsere Arbeiterorganisationen müssen immer ihr Pulver trocken halten und immer bereit sein, sobald es gilt, gegen die herrschenden Klassen eine große Schlacht zu schlagen!

Yankee-Kapital und mexikanische Revolution.

In Mexiko ist wieder einmal der blutige Teil einer Revolution vorüber. Madero ist gefangen und gestürzt und ein halbes Duzend Leute, von denen sich so ziemlich jeder General nennt, gliedert nach der Präsidentschaftswahl. Die früheren Erbherrn, von mehr oder weniger ehelichen Freunden der Volksfreiheit unternommen, richteten sich gegen das Scheitern auf dem Präsidentschaftswahl, Porfirio Diaz. Die heutige ist von Diaz' Anhängern und Sündern gegen das etwas liberale Regime des inzwischen hinter Schloß und Riegel gebrachten Präsidenten Madero angezettelt. Natürlich auch im Namen der Freiheit!

Die Volksmasse sieht dieser Revolte mit ziemlich gleichgültiger Gemüthsgegenüber. Das beweist die geringe Zahl der Kombattanten und die verhältnismäßige Ruhe außerhalb der Hauptstadt. Die geschundenen Proletarier haben Ursache genug, sich von diesen Revolutionären, die jetzt die Hauptstadt besetzen, so fern wie möglich zu halten. Als im Frühjahr 1911 der Sturm gegen das Diazsche Regime anhub, waren viele Schichten des städtischen und ländlichen Proletariats mit Herz und Faust dabei. Madero und seine Gesinnungsgenossen hatten die Befreiung Mexikos und seines Volkes auf die Fahne geschrieben. Seit 35 Jahren hatte das Land unter der Gewaltherrschaft des Schurken Diaz gelitten. Durch Verunglückung und Brutalität hatte er es fertig gebracht, daß er nach jedem Amtstermine immer wieder „praktisch einstimmig“ zum Präsidenten „gewählt“ worden war. Unter gemeinster Vergewaltigung der Verfassung — auf dem Papier eine der besten — wurden die eingeborenen Jaquis und Mahas, Männer, Frauen und Kinder, an die Plantagenbesitzer für einige hundert Mark verkauft. Welt über 100 000 Eingeborene wurden allein in Merida und Yucatan ihrer Scholle beraubt, um dann auf derselben „um ihre Schulden abzurufen“! Mit Weisheit zur Wehrtheilung für die großen Landbesitzer und Ausbeuter getrieben. In ein, zwei, drei Jahren waren die Gesellschaften zu Tode geschunden. Ihren Leidenskollegen in der Industrie ging es nicht besser. Die Erzeugnisse unter ihnen schickten in die Verge, lebten das traurige Leben der Geschlechten, lieferten von Zeit zu Zeit den Diazschen Bluthunden Schatzkammern. Als dann die Kunde von einer Erhebung zu ihnen drang, stellten sie sich zu den Feinden der Regierung. Den bereiteten Anstrengungen gelang es nach langem Kampfe, den Diaz zu verjagen. Sein Nachfolger, Madero, wurde von den Hoffnungen der Unterdrückten ins Amt geleitet.

Von dem, was Madero versprochen, hat er wenig oder nichts gehalten. Gewiß hatte seine Politik einen liberalen Einschlag, aber das große Schonen der unteren Schichten hat er nicht erfüllt. Die Sklaverei und politische Unterdrückung besteht in kaum gemildeter Schärfe weiter. Früher wie jetzt triumphiert das Kapital. Das arbeitende Volk aber mag und hungert weiter. Die Unterdrückten griffen für ihre Befreiung zum Schwert und erreichten nichts als einen Wechsel ihrer Unterdrücker. Vielleicht ist es ein Unrecht an Madero, zu behaupten, er unterscheidet sich von Diaz nur dem Grade, nicht dem Wesen nach. Unter den obwaltenden Umständen mag es vielleicht auch einem Manne von zweifelsfreier Ehrlichkeit und lauterer Treue nicht gegeben sein, des Volkes Schonen zu erfüllen, weil er sich jener Uebermacht beugen muß, die Diaz gesellschaftlich gefördert hat: der Macht des amerikanischen Großkapitals. Denn die eigentlichen Verräter und Verräter des Lebenden und toten Intendanten Mexikos sind die paar Finanzpiraten der Wallstreet zu New York. Inwiefern diese an der gegenwärtigen Revolte beteiligt sind, läßt sich dank der strengen Zensur und dank der aus reinem Eigennutts quellenden Loyalität der kapitalistischen Organe Amerikas nicht bestimmen sagen. Alle Nachrichten über den Stand der Dinge in Mexiko müssen über amerikanische Telegraphenbrüche, deren Verräter, alles Leute der New Yorker Wallstreet, das größte Interesse haben, nichts über die Entstehungsgeschichte mexikanischer Revolutionen, das wäre die Darstellung der Profitgier und der Gewissenlosigkeit ihrer Klasse, durchzulassen zu lassen.

Wie jedes Kind weiß, hatte die Hochfinanz der Wallstreet bei allen Revolutionen in Zentralamerika und hat sie vor allem auch bei der jetzigen in Mexiko ihre Hand im Spiel. Wenn das noch ausdrücklich bewiesen werden müßte, so brauchte man nur auf die Führerschaft des gegenwärtigen Aufstandes hinzuweisen. Ihr Haupt ist der Rest des früheren Präsidenten Diaz, der ehemalige Volksheld von Mexiko. Als solcher vertritt er die Interessen der amerikanischen Hochfinanz, wodurch er zu deren Vertrauensmann wurde. Daß er im vollen Widersinn seines Einseins, wenn nicht auf dessen direkten Befehl, handelt, steht außer allem Zweifel. So wenig auch Präsident Madero während seiner Amtszeit für das arbeitende Volk getan und obgleich er alles vermieden hat, die Privilegien der Wallstreet anzutasten, das Vertrauen des amerikanischen Großkapitals wollte ihn nicht beglücken. Was die Ursachen dieser Mißgunst sind, läßt sich vorderhand nur ahnen. Immerhin eins weiß man bestimmt, eine Gruppe der kapitalistischen Organe der Vereinigten Staaten, insbesondere die gelbe Presse, schreit wie besessen nach dem Vorrat der Intervention. Die Hearst-Blätter beschuldigen sogar die Kolonialregierung, sie halte die Berichte über die Bräuterei